

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Mustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsbll.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insetionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 36.

56. Jahrgang.
Donnerstag, den 25. März

1909.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Oskar Bruno Weissflog in Eibenstock, Alleinhaber der Firma Oskar Weissflog in Eibenstock, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke

der Schlusstermin

auf den 19. April 1909, vormittags 10 Uhr

vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt worden.
Eibenstock, den 22. März 1909.

Königliches Amtsgericht.

Brandversicherungsbeiträge betr.

Die Brandversicherungsbeiträge auf den 1. Termin 1909 — 1. April — sind nach je einem Pfennig für die Einheit bei der Gebäudeversicherungsabteilung und

je nach ein und einem halben Pfennig für die Einheit bei der freiwilligen Versicherungsabteilung nebst den fälligen Stückbeiträgen bis spätestens

zum 8. April 1909

bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme zu entrichten.

Stadttrat Eibenstock, am 19. März 1909.

Seffe.

Bg.

Donnerstag, den 24. d. Mts.,

Nachmittag 3 Uhr

sollen in der Ungerschen Restauration am Albertplatz hier:
1 Sofa, 1 Geldschrank, 1 Nähmaschine, 1 Regalon (17 Bände)
meistbietend gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Eibenstock, den 23. März 1909.

Der Ratsvollzieher der Stadt Eibenstock.

Die Abrüstungsfrage.

Im englischen Unterhaus erklärte der Chef der englischen Admiralität, Mr. Kenna, er habe sichere Nachricht, daß der Bau deutscher Schlachtschiffe von der Größe der englischen Dreadnoughts beschleunigt werde; während das deutsche Flottengesetz nur 13 solcher Schlachtschiffe bis zum Herbst 1912 vorsehe, würde Deutschland in diesem Zeitpunkt 17 besitzen. Ferner legte der Premierminister Asquith dar, daß Versuche, mit der deutschen Regierung, ein Abkommen über gegenseitige Beschränkung des Bauprogramms und der Kosten zu treffen, zu keinem Ergebnis geführt hätten. Beide Erklärungen haben in England einen panartigen Eindruck gemacht. Die Konservativen beschuldigen die liberale Regierung schwerer Verfaulnisse in bezug auf die Sicherheit des Landes, die Liberalen verlangen weitere Aufklärungen. Derselben Wunsch hat auch die Budgetkommission des deutschen Reichstags ausgedrückt, allerdings in der ungehörigen Form einer Art von Vorladung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes.

Was zunächst die augenblickliche Beschleunigung des deutschen Flottenbaues betrifft, so ist die Auffassung der englischen Admiralität irrig. Es scheint, daß der Irrtum darauf beruht, daß eine deutsche Werft den Bau eines Schlachtschiffes vorzeitig in Angriff genommen hat, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Damit wird aber nichts an der Gesamtzahl von Schlachtschiffen geändert, die nach dem Gesetze im Jahre 1912 vorhanden sein werden. Auch dürfte nicht sowohl eine vorübergehende Beschleunigung der programmäßigen deutschen Bauten als vielmehr die Wahrnehmung, daß der deutsche Schiffsbau überhaupt mit seinen elf Werften und seinen Panzerplatten- und Kanonenfabriken einen hohen Grad von Leistungsfähigkeit erlangt hat, die Beunruhigung in England verursacht haben.

Ferner hat in der Frage eines Abkommens nur ein scheinbarer Widerspruch zwischen der englischen Erklärung und der Versicherung des Admirals v. Tirpitz, daß ihm englische Vorschläge nicht bekannt seien, bestanden. Von englischer Seite haben wiederholt vertrauliche Sondierungen stattgefunden, ob die deutsche Regierung amtliche Verhandlungen eingehen werde, zu formellen Anträgen und bestimmten Vorschlägen ist es aber nicht gekommen. Der Reichskanzler Fürst Bülow hat ja auch am 10. Dezember 1908 im Reichstage ganz offen die großen Schwierigkeiten (Verschiedenheit der geographischen Lage, Mangel eines Vermessers für die ungleiche technische Ausrüstung u.) auseinandergesetzt, die einem praktischen Abkommen entgegenstehen würden. Dazu kommt noch, daß wir noch keinen einzigen der großen Züchten in Gebrauch haben, die jetzt von aller Welt nach dem Vorbilde Englands gebaut werden. Mit Recht haben einzelne liberale englische Blätter hervor, daß die englische Marine selbst durch den Uebergang zu den großen Schiffsuntersätzen die übrigen Marinen zur Nachfolge genötigt habe.

Wären also die deutschen Staatsmänner und Sachverständigen der Meinung, daß eine geeignete Basis zu einer gegenseitigen vertragsmäßigen Beschränkung der Seerüstungen fehle, so müßten sie diese Ansicht auch gegenüber den englischen Sondierungen vertreten, und die englische Regierung tat ganz recht daran, daß sie darauf formelle Vorschläge unterließ. Es hat schon Bestimmungen zwischen beiden Ländern genug gegeben. Würde aber auf einen amtlichen Antrag eine Ablehnung erfolgen, oder würden mit Verhandlungen unerfüllbare Hoffnungen erweckt, so bliebe nur eine neue Verschlechterung der eben erst freundlicher gestalteten Beziehungen zurück. Die ganze Frage ist heißes

Eisen. Das Verlangen nach papiernen Abrüstungs-kartellen ist vielleicht die gefährlichste Art des Vermittlungs- und Konferenzeneifers, der jetzt in der europäischen Zeitungswelt grassiert.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser besucht seit ungefähr acht Tagen täglich den Fürsten Bülow im Kanzlerpalais und konferiert mit ihm. Diese engere Fühlungnahme des Monarchen mit dem leitenden Staatsmanne wird in politischen Kreisen nach Gebühr beachtet. Die häufigen Besuche des Kaisers beim Fürsten Bülow bekunden die Wiederherstellung des früheren herzlichen persönlichen Verhältnisses zwischen beiden Männern. Seit den Ereignissen vom November hatten solche Begegnungen nicht mehr stattgefunden. In der ganzen langen Zeit vom 17. November bis Anfang März mögen kaum mehr als etwa zehn Unterredungen stattgefunden haben, und sie fanden immer nur im Schloß oder im Neuen Palais statt, wohin sich Fürst Bülow nach vorheriger Anmeldung oder auf Ersuchen des Kaisers zu begeben hatte. Die nunmehrige Rückkehr zu dem jahrelang bestandenem Verhältnis eines intimen Einverständnisses wird, abgesehen natürlich von der etwas bunt zusammengesetzten Schar der Gegner des Kanzlers, überall mit Genugtuung wahrgenommen. Sie bedeutet, daß der Kaiser mit hochherziger Selbstüberwindung einen Strich durch alle Verstimmungen gemacht hat, die aus den Novembertagen noch übrig geblieben sein mochten. Es sind nicht bloß sachliche politische Momente, aus denen in unterrichteten Kreisen neuerdings eine Befestigung der Stellung des Reichskanzlers gefolgert wird, sondern zu diesen Momenten tritt jetzt auch eines aus der Gemütsphäre hinzu. Der Kaiser ist tatsächlich wieder innerlich einig mit seinem ersten Ratgeber. Gerade in dieser Zeit einer kritisch gewordenen auswärtigen Lage kann diese Wendung eine erhöhte Bedeutung beanspruchen.

— Berlin, 22. März. Gestern nachmittag erschien der Kaiser zum ersten Male in der nach dem Brande wieder erstandenen Garnisonkirche. Am Tage der Herbstparade soll nach der Truppenschau die Einweihung der Kirche stattfinden. Der Kaiser wird, wie er gestern mitteilte, aus dem Bestand des Zeughauses einen neuen Fahnenstempel für die Kirche geben.

— Die Budgetkommission des Reichstages erklärte in der deutsch-englischen Flottenfrage dem Reichskanzler, wie freudig zu konstatieren ist, ihr volles Vertrauen zu seiner Politik und war von den Darlegungen des Staatssekretärs von Schön so befriedigt, daß sie die ersten Ratgeber der neuen Schiffe sofort und ohne jede weitere Debatte einstimmig bewilligte, damit also auch die ersten Baukosten für drei Linienfahrzeuge und einen großen Kreuzer, wie sie auf Grund des Flottengesetzes gefordert waren. Die englische Regierung und die Londoner Presse sieht nun, wie auf deutscher Seite volle Einmütigkeit, aber auch volle Friedensliebe herrscht. Wir betritteln keine Schiffsbauten drüben, man mag auch dort uns ruhig gewähren lassen. In der Erklärung des Staatssekretärs von Schön wird festgestellt, daß England wohl die Bereitwilligkeit zu einer Verständigung über Umfang und Kosten der Flotten-Programme zu erkennen gegeben, aber keinen formellen Antrag gestellt hat. Es ist niemals ein Vorschlag hervorgetreten, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Die englische Regierung hat sich wohl selbst gesagt, daß die Berücksichtigung eines Antrages zweifelhaft war und ihn darum gar nicht erst gestellt. Die Gründe, weshalb keine allgemeine Beschränkung der Flottenbauten eintreten kann, hat der Reichskanzler

früher dargelegt. Wir bedrohen keinerlei Nationalitäten, sondern beachten nur unsere eigenen Schutzbedürfnisse. Der Staatssekretär von Schön gab dann nach der Vertrauens-Rundgebung der Kommission noch der Freude Ausdruck, daß die anwesenden Abgeordneten die Hoffnung ausgesprochen hätten, daß die englisch-deutschen Beziehungen, unbeirrt durch gelegentliche Erregungen über den Flottenausbau in Deutschland, sich in freundschaftlichem Sinne weiter entwickeln würden, wie dies der Wunsch des gesamten deutschen Volkes sei. Diese Ausführungen des Staatssekretärs wurden mit lebhaften Beifallsrufen bekräftigt.

— Ballongeschütze im Kaisermanöver. Der Korrespondenz „Heer und Politik“ wird aus Düsseldorf geschrieben: Bekanntlich haben sowohl die Firma Ehrhardt wie Krupp mehrere Arten von Geschützen konstruiert, die zur Bekämpfung von Ballons bestimmt sind. Ein Teil dieser Geschütze ist bereits auf den Schießplätzen erprobt worden, wobei die besten Resultate erzielt wurden. Für die leichten Luftschiffe sind speziell Kanonen auf Automobilen hergestellt worden, die eine schnelle Verfolgung der Luftkruzer auf gebahnten Wegen ermöglichen sollen. Da nun die Teilnahme von Luftkruzern — der Zeppelinische Ballon kommt bestimmt in Frage — beim nächsten Kaisermanöver bereits bestimmt wurde, so beabsichtigt die Heeresverwaltung auch zum ersten Male besondere Geschütze bei den Übungen zu verwenden, die sich mit der Bekämpfung der Lenkballons zu befassen haben. Voraussichtlich werden sowohl Krupp wie Ehrhardt versuchsweise derartige Ballongeschütze bei den Manövern zur Verfügung stellen. Man nimmt an, daß das Zeppelinische Luftschiff auf der Seite des 13. Württembergischen Korps die Aufklärung zeitweise besorgen wird, während die Ballongeschütze dementsprechend zur Abwehr und Verfolgung des oder der Luftkruzer auf der Seite der Bayerischen Korps, die vom Prinzen Leopold von Bayern kommandiert werden, Verwendung finden sollen. Es verlautet, daß der Kaiser, der der Bekämpfung der Luftkruzer durch geeignete Kanonen das größte Interesse entgegenbringt, später scharfen Schießversuchen der Ballongeschütze beiwohnen wird. Etwas näheres ist hierüber noch nicht bekannt; möglich ist es auch, daß derartige Schießversuche bereits vor dem Kaisermanöver stattfinden werden. Selbstverständlich kann es sich hierbei nur um ein Schießen nach freiliegenden Ballons handeln, da diese ohne Besatzung losgelassen werden können.

— Rekrutierung der Marine. Nach den vom Staatssekretär des Reichsmarineamts erlassenen Rekrutierungsbestimmungen ist für die Hauptteile der Marine folgender Mannschaftsbestand für 1909 festgesetzt worden:

Matrosen-Divisionen . . . 20443 Mann
Berst-Divisionen . . . 16031
Torpedo-Divisionen . . . 8657

Die Stärke dieser drei Marineteile wird von 42221 auf 45131 Mann gebracht. Die Vermehrung an Kopfzahl beträgt also 2910 Mann. Von diesen entfallen auf die

Matrosen-Divisionen . . . 997 Mann
Berst-Divisionen . . . 768
Torpedo-Divisionen . . . 1145

Bei den anderen Marineteilen ist die Personalvermehrung nur unbedeutend. Die Kopfstärke der Mannschaften beträgt bei den vier Matrosen-Artillerie-Abteilungen 2884 Mann, bei den Seebataillonen 1363 Mann und bei der Minen-Abteilung 728 Mann.

— Neue Dreimarkstücke. Wie die „Berliner Universal-Korrespondenz“ hört, werden sich bis zum 31. d. M. für 30 Millionen Mark Dreimarkstücke im Verkehr befinden. Während bis zum 1. Januar dieses Jahres die Höhe der im Verkehr befindlichen Dreimarkstücke annähernd 10 Millionen Mark betrug, ist sie jetzt durch fortlaufende Neuauflage dieser Münze